




Visafreiheit für Serbien und Mazedonien aussetzen

Visafreiheit für Serbien und Mazedonien aussetzen
Trend zum Missbrauch muss gestoppt werden
Die Zahl der Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien ist in diesem Jahr stark gestiegen. Der Rat der EU-Justiz- und Innenminister beschäftigt sich damit auf seiner Tagung am 25. Oktober. Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Hans-Peter Uhl: "Seit Januar dieses Jahres haben mehr als 7.000 Menschen aus Serbien und Mazedonien in Deutschland Asyl beantragt. Die Anerkennungsquote liegt bei null Prozent. Das heißt, dass das Grundrecht auf Asyl massiv missbraucht wird. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Juli sind die Sozialleistungen in Deutschland nochmals attraktiver geworden. Wichtig ist es deshalb, durch einen Beschluss auf EU-Ebene zügig die Visafreiheit für diese Staaten auszusetzen. Dies wird derzeit in Brüssel verhandelt. In die Diskussion über Visumfreiheit für andere Staaten müssen diese negativen Erfahrungen mit Serbien und Mazedonien einfließen. Derzeit erhält ein alleinstehender erwachsener Asylbewerber bei einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von zwei Monaten ohne Rechtsbehelfsverfahren rund 700 Euro plus Heimfahrtkosten, ohne dass ein berechtigtes Asylbegehren besteht. Zusätzliche Anreize wie etwa eine lange Verfahrensdauer oder die frühzeitige Möglichkeit der Arbeitsaufnahme sind dringend zu vermeiden. Denn eine Mischung aus attraktiven Sozialleistungen und Visafreiheit führt zwangsläufig zum Missbrauch des Rechts auf Asyl. Die Abschaffung früherer Anreize wie Reisebeihilfe und Starthilfe war richtig und konsequent. Durch sehr schnelle Verfahrensbearbeitung und zügige Ausreise muss nun der Trend zum Missbrauch gestoppt werden, bis es zu einer Aussetzung der Visafreiheit kommt." Hintergrund: Über die Wiedereinführung der Visumpflicht kann nur auf europäischer Ebene entschieden werden, da Kurzzeitvisa in der EU vergemeinschaftet sind. Für die Rücknahme oder Suspendierung wäre eine Änderung der Visum-Verordnung der EU notwendig (539/2001). Die Anerkennungsquoten für Antragsteller aus Serbien und Mazedonien liegen im Jahr 2011 und von August bis September 2012 bei jeweils 0,0 Prozent. Auch die Quoten beim sogenannten "subsidiären Schutz" (Abschiebungsverbote gemäß 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 des Aufenthaltsgesetzes) waren im Jahr 2011 (Serbien: 0,4 Prozent, Mazedonien: 0,3 Prozent) und von Januar bis August 2012 (Serbien: 0,3 Prozent, Mazedonien: 0,1 Prozent) jeweils sehr gering. CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de <http://www.cducsu.de> 

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.